

NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND.



Moin!

Unter dem Motto „GeMAInsam Zukunft gestalten“ haben sich am 01. Mai in ganz Deutschland Menschen versammelt, um für gute Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung einzutreten. In Oldenburg fand die Maikundgebung auf dem Rathausmarkt statt, am Vorabend gab es das traditionelle „Rock gegen rechts“-Konzert, das stets die DGB-Jugend organisiert. Leider konnte ich selbst in diesem Jahr wegen einer Corona-Infektion nicht dabei sein.

Wahl zum Vorsitzenden der SPD Weser-Ems

Parteitag bestimmt Vorstand neu

Es ist eine Ehre und ein Auftrag: Die Delegierten des Bezirksparteitages haben mich zum Vorsitzenden der SPD Weser-Ems gewählt. In Bad Zwischenahn habe ich dabei rund 91 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. Ich freue mich sehr über das Vertrauen!

Zugleich haben wir unsere bisherige Vorsitzende **Hanne Modder** aus Bunde (Landkreis Leer) verabschiedet. Hanne, die auch Fraktionsvorsitzende der SPD im niedersächsischen Landtag ist, zieht sich nach zwölf Jahren als Bezirksvorsitzende zurück, arbeitet aber in der Kommunalpolitik weiter. Ihr ist es zu verdanken, dass die SPD Weser-Ems so stark aufgestellt ist. Das hat auch unser Ministerpräsident und SPD-Landesvorsitzen-

der Stephan Weil auf dem Parteitag betont.

Als stellvertretende Vorsitzende wurden die Landtagsabgeordneten **Karin Logemann** aus der Wesermarsch und **Wiard Siebels** aus Aurich sowie **Kathrin Wahlmann** aus dem Osnabrücker Land gewählt. Mein ehemaliges Amt als Schatzmeister der SPD Weser-Ems übernimmt künftig meine Bundestagskollegin **Anja Troff-Schaffarzyk**.

Neben der Fortführung unserer Regierungsarbeit in Land und Bund gilt es für uns als Bezirk vor allem, die Landtagswahl am 09. Oktober dieses Jahres zu organisieren. Ich will, dass die SPD erneut siegt und Stephan Weil Ministerpräsident bleibt!

Warum ist der Erste Mai ein wichtiger Termin nicht nur in meinem Kalender, sondern für alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten? Der „Tag der Arbeit“ geht zurück auf Auseinandersetzungen zwischen streikenden Arbeitern und der Polizei in den USA 1886. Von dort aus wurde der Tag ein wichtiges Datum der Arbeiterbewegung, die von Anfang an eng mit den sozialdemokratischen Parteien verbunden war. Er ist seit Jahrzehnten ein wichtiger gesetzlicher Feiertag, an dem Gewerkschaften und linke Parteien Druck für ihre Forderungen machen.

Was sonst noch im April geschehen ist, lest ihr auf den folgenden Seiten.

Ever 101's

12 Euro Mindestlohn kommt ins Parlament

Gesetzentwurf dem Bundestag zugeleitet



Die Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro pro Stunde kommt: Am 13. April hat die Bundesregierung dem Bundestag ihren Gesetzentwurf zugeleitet. In der nächsten Zeit werden wir im Parlament darüber diskutieren und notwendige Anpassungen vornehmen. Das Ziel ist, dass der Mindestlohn zum 01. Oktober auf zwölf Euro steigt.

Der gesetzliche Mindestlohn wurde 2015 auf Initiative der SPD eingeführt, damals noch in Höhe von 8,50 Euro. Seitdem entscheidet die Mindestlohnkommission über die Höhe. Derzeit liegt er bei 9,82 Euro.

Warum machen wir das? Wir wollen, dass der Mindestlohn mehr erreicht, als nur die tägliche Existenz zu sichern. Erstens soll er auch eine soziale Teilhabe möglich machen: Ein Kinobesuch oder ein Essen im Restaurant muss auch für die, die nicht mehr als den Mindestlohn erhalten, drin sein! Und zweitens geht es darum, dass ein höherer Mindestlohn auch zu höheren Einzahlungen in die gesetzliche Rente führt und so Altersarmut vorbeugt.

Gleichzeitig erhöhen wir die Minijob-Grenze von 450 auf 520 Euro pro Monat. Das heißt, Menschen in Mi-

nijobs können weiterhin bis zu zehn Stunden pro Woche arbeiten. Die Höchstgrenze für eine Beschäftigung im Übergangsbereich („Midijobs“), in dem die vom Arbeitgeber gezahlten Sozialversicherungsbeiträge konstant bleiben, heben wir von 1300 auf 1600 Euro an.

Außerdem erarbeiten das Bundesarbeits- und das Bundesfinanzministerium zusammen Wege, um den Mindestlohn effektiver durchzusetzen. Insbesondere soll es eine Anwendung zur digitalen Arbeitszeiterfassung geben, die Unternehmen zur Verfügung gestellt werden kann.

HINTER DEN KULISSEN Fraktionsdisziplin und Fraktionszwang

Was sind Gewissensentscheidungen im Bundestag?



In der Debatte um die Impfpflicht hörte man oft, es handle sich um eine „Gewissensentscheidung“, bei der der „Fraktionszwang“ aufgehoben sei. Was verbirgt sich dahinter?

Zunächst einmal: Alle Entscheidungen von Abgeordneten sind Gewissensentscheidungen! Artikel 38 des Grundgesetzes legt klar fest, dass Bundestagsabgeordnete „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“ sind. Niemand darf uns zwingen, so oder anders abzustimmen.

Aber: Die allermeisten Abgeordneten sind in Fraktionen zusammengeschlossen. Genauso, wie ich von meinen Kolleginnen und Kollegen Unterstützung erwarte, schulde ich auch ihnen bei Abstimmungen in ihren Fachgebieten Solidarität. Natürlich debattieren wir in der Fraktion auch kontrovers über den richtigen Kurs. Die Fraktionsspitze bemüht sich dann, ein einheitliches Abstimmungsverhalten zu erreichen. Das alles wird mit dem Begriff **Fraktionsdisziplin** umschrieben. In einer Koalition muss sich darüber hinaus jede Partei sicher

sein können, dass die eigenen Projekte auch von den Partnern unterstützt werden.

Manchmal entschließen sich Fraktionen, bei Einzelfragen die Fraktionsdisziplin nicht auszuüben. Man spricht dann missverständlich von **„Gewissensentscheidungen“**.

Einen **„Fraktionszwang“** in dem Sinne, dass die Fraktion Strafmaßnahmen gegen „Abweichler“ ergreifen könnte, gibt es hingegen nicht. Das wäre verfassungswidrig.

Impfpflicht scheitert im Bundestag

Was nun im Kampf gegen die Corona-Pandemie?

In den letzten Monaten haben wir im Bundestag eine Vielzahl von Anträgen zu einer Impfpflicht gegen das Coronavirus diskutiert. Das Ergebnis ist jedoch ernüchternd: Am 07. April sind alle Anträge im Parlament gescheitert. Eine Impfpflicht wird es nicht geben.

Am nächsten an eine Mehrheit heran reichte der Antrag, den auch ich unterstützt habe. Mit ihm wäre eine allgemeine Impfpflicht für Menschen über 60 Jahre eingeführt worden. Ursprünglich haben wir hier eine Impfpflicht für alle Erwachsenen vorgesehen, haben uns dann aber mit einer

weiteren Gruppe von Abgeordneten auf einen gemeinsamen Antrag verständigt. Dennoch scheiterte unser Antrag für eine Impfpflicht deutlich.

Das lag auch daran, dass es leider nicht gelungen ist, Parteitaktik aus dem Thema herauszuhalten: Die CDU/CSU-Fraktion wartete mit einem eigenen, reichlich unausgegorenen Antrag auf, der außerhalb der eigenen Reihen sage und schreibe null Ja-Stimmen erhielt. Hier hätte ich mir mehr Zusammenarbeit im Sinne der Sache gewünscht. Schließlich geht es nicht um irgendein Thema, sondern um Menschenleben.

Ich hätte die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht ab 18 Jahren sehr begrüßt. Denn obwohl es angesichts der Nachrichtenlage so scheinen mag, ist die Corona-Pandemie nicht vorbei. Nach wie vor sterben in Deutschland täglich hunderte Menschen an dem Virus. Die Impfung bietet einen guten Schutz vor Ansteckung, aber auch vor einem schweren Krankheitsverlauf. Daher ist es jetzt wichtig, über Alternativen nachzudenken, um die Impfquote zu erhöhen. Ich begrüße es daher, dass Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach bereits angekündigt hat, die Impfkampagne zu intensivieren.



Foto: Tim Reckmann /pixelio.de

RENTENERHÖHUNG Renten steigen kräftig an

Verbesserungen für Erwerbsgeminderte und Hinterbliebene

Die Bundesregierung hat die Erhöhung der Renten auf den Weg gebracht. Zum Sommer sollen die Leistungen um 5,35 Prozent (West) beziehungsweise 6,12 Prozent (Ost) steigen. Den Gesetzentwurf beraten wir nun im Bundestag.

Die Höhe der Renten ist an das Lohnniveau gekoppelt. Der Anstieg fällt so stark aus, weil die Löhne sich in Deutschland im vergangenen Jahr deutlich von ihrem Corona-Tief im Jahr 2020 erholt haben. Die Erhöhung wäre sogar noch stärker aus-

gefallen, wenn es nicht die Haltelinie und den Nachholfaktor gäbe. Erstere besagt, dass die Renten nicht fallen; deshalb sind sie im Jahr 2020 trotz der schrumpfenden Wirtschaft nicht gesunken. Die rechnerisch erforderliche Absenkung wird jedoch in Folgejahren auf die Rentenerhöhungen angerechnet (der sogenannte Nachholfaktor).

Mit dem Gesetzentwurf wollen wir außerdem diejenigen besserstellen, die eine Erwerbsminderungsrente beziehen – also Menschen, die nicht

mehr oder nur noch eingeschränkt arbeiten können, obwohl sie das Rentenalter noch nicht erreicht haben. Wer zwischen 2001 und 2018 mit dem Bezug einer Erwerbsminderungsrente begonnen hat, erhält einen Aufschlag von 4,5 Prozent oder 7,5 Prozent, abhängig vom Zeitpunkt des Rentenbeginns.

Zu guter Letzt erhalten auch Hinterbliebene mehr. Insgesamt werden künftig rund drei Millionen Renten einen Aufschlag erhalten. Auch das ist Generationengerechtigkeit.



Foto: Sari Montag



Besuch bei Broetje Automation in Rastede

Hightech vor Ort im Ammerland

Im April habe ich das Unternehmen Broetje Automation in Loy bei Rastede besucht. Das Besondere dabei: Broetje Automation ist ein global tätiges Unternehmen – das in Rastede entstanden ist und hier nach wie vor seinen Schwerpunkt hat.

Bei einer Führung hat mir CEO Lutz Neugebauer die umfangreiche Fertigung vorgestellt. Broetje Automation stellt Technik für die zivile Luftfahrt bereit. Genauer gesagt: Hier werden die Maschinen gebaut, die Flugzeuge bauen. Dabei sind derzeit mehrere hundert Arbeitsplätze in Loy angesiedelt.

Dabei haben wir natürlich auch die Bedingungen für unsere Unternehmen diskutiert, von der Corona-Pandemie bis hin zum Angriffskrieg in der Ukraine. Für mich ist klar: In unsicheren Zeiten muss Politik auch Orientierung geben und Unternehmen und Beschäftigte dabei unterstützen, in einer Welt im Wandel zu bestehen.

Hervorgegangen ist das Unternehmen 1979 aus der Heizungsbaufirma August Brötje GmbH, die ebenfalls nach wie vor ein starkes Zugpferd für Rastede ist. Trotz des gemeinsamen Namens gehören die Unternehmen heutzutage nicht mehr zusammen.



Mit starken 100 Prozent der Delegiertenstimmen hat die örtliche SPD Karin Logemann erneut zur Landtagskandidatin für die Wesermarsch und Rastede bestimmt. Das Vertrauen verwundert nicht, denn Karin konnte ihren Wahlkreis 2017 mit großem Vorsprung auf die CDU gewinnen.

Im Landtag ist sie Sprecherin für Ernährung und Landwirtschaft und kämpft mit viel Präsenz und Leidenschaft für ihren Wahlkreis. Wichtig sind ihr der „niedersächsische Weg“ für Artenschutz und der 7-Punkte-Plan der Landtagsfraktion für gute Lebensmittel zu fairen Preisen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit im Wahlkampf!

Wahl in den Vorstand der Oldenburgischen Landschaft

Kulturförderung im Oldenburger Land

Am 08. April hat die Oldenburgische Landschaft ihre Landschaftsversammlung abgehalten. Dabei bin auch ich in den Vorstand gewählt worden. Entsendet wurde ich vom Ammerländer Kreistag als Vertreter des Landkreises.

Die Oldenburgische Landschaft fördert im Oldenburger Land – also dem Gebiet, das als oldenburgischer Staat bis zur Gründung von Niedersachsen ein eigenes Land war – Kunst und Kultur. Dabei wird die Landschaft von

den oldenburgischen Landkreisen und Kommunen unterstützt.

Die Landschaftsversammlung hat einstimmig den Landschaftspräsidenten Prof. Dr. Uwe Meiners für eine zweite Amtszeit gewählt. Aus Oldenburg und dem Ammerland neu im Vorstand ist außerdem Matthias Huber, Bürgermeister der Gemeinde Apen. Wiedergewählt wurde unter anderem unser Landtagsabgeordneter Ulf Prange als Vertreter der Stadt Oldenburg.

**DIREKT GEWÄHLT -
DIREKT ANSPRECHBAR!**

Berliner Büro

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 227 72 800
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Huntestraße 23, 26135 Oldenburg
Telefon 0441 99 86 76 01
E-Mail: dennis.rohde@bundestag.de

@ www.dennisrohde.de

f facebook.com/dennis.rohde

t twitter.com/dennisrohde